

Im Zeitalter der Regeneration (1831-1847)

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Freiburger Geschichtsblätter**

Band (Jahr): **46 (1954)**

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

3. KAPITEL

Im Zeitalter der Regeneration¹

(1831 - 1847)

Der sonderbare Revolutionstag vom 2. Dezember 1830 — sein Andenken hat sich uns unter der Bezeichnung Stecklikrieg erhalten —, setzte in Freiburg den Vorrechten der Patrizier ein Ende und verkündete das Prinzip der Volksherrschaft. Dieser politische Umschwung brachte eigentlich keine neuen Männer zur Macht, denn die meisten der führenden Persönlichkeiten der Dreißigerjahre waren schon unter der alten Regierung in Amt und Würden gestanden, freilich im Lager der Opposition. Der Kirche, als der Verbündeten des gestürzten Regimes, begegneten die Liberalen seit Anbeginn sehr kritisch. Der Ausschluß des Bischofs aus dem Verfassungsrat verriet ein erstes Mal ihre anti-kirchlichen Affekte². Durch die Landesverweisung des P. Ferrand gedachte man besonders die Jesuiten zu treffen³. Einen Mißgriff beging die liberale Regierung auch mit dem gegen den Pfarrer von Neuenburg geführten Prozeß. Sie verscherzte sich damit auf immer die Gunst des Klerus⁴.

¹ Regeneration nennt man in der Schweizergeschichte den Gegenstoß auf die Restauration. Es ist die Periode der politischen « Erneuerung » aus dem Freiheitsideal des bürgerlichen Liberalismus, welche in der Verfassung von 1848 ihren Abschluß fand.

² Der Wahlkreis Rue hatte Mgr. Yenni zu seinem ersten Vertreter im Verfassungsrat ernannt, jedoch wurde der Bischof als solcher nicht anerkannt. — CASTELLA, 508; RAEMY, 177.

³ In einer Predigt hatte dieser Jesuitenpater zum Prinzip der Volkssouveränität Stellung bezogen. Die theologisch einwandfreie Deutung eines Schriftwortes wurde ihm als ein Angriff auf die neue Verfassung ausgelegt. — KUBF, Hist. Coll., 2. 228-237. CASTELLA, 511 f.; RAEMY, 184 ff. Siehe auch S. 109, Anm. 3.

⁴ Es handelte sich um Herrn Dekan Josef Aebischer, den Mitbegründer der sog. « Correspondance Ecclésiastique ». (Vgl. S. 107 f.) Derselbe hatte sich im « Véridique » für P. Ferrand eingesetzt und sollte deswegen vor Gericht erscheinen. Die Wirkung dieses Prozesses läßt sich schon am Erfolge der zur Deckung der Verfahrenskosten veranstalteten Geldsammlung ermessen. — Le Véridique (1831), Nr. 135-142; (1832), Nr. 1-5. MARMIER, La « Petite Eglise », 6 f.; RAEMY, 186 f.

Recht getreu spiegelt sich das Freiburg der beginnenden Dreißigerjahre im Briefwechsel der Redemptoristen wieder. Bereits gegen Ende August 1830 klingen die ersten Befürchtungen durch, die französische Juli-Revolution könnte auch ihrer Niederlassung schaden, denn nach den Jesuiten hasse man sie, die Ligorianer, in Freiburg am meisten ¹. Einen Monat später lauteten die Nachrichten schon bedrohlicher: « Am 14. September sollte hier eine Revolution ausbrechen. Man führte nichts anderes im Schilde, als die Jesuiten zu verjagen, ihr Kloster in Brand zu stecken und die Regierung über den Haufen zu werfen. Auch von uns ward hie und wieder die Rede. » Alsdann kommt P. Czech auf die Maßnahmen zu sprechen, die er als Hausoberer zum Schutze der Seinigen getroffen hatte. In allen Gängen des Klosters seien zur Bekämpfung eines Brandes Wasserbehälter aufgestellt, und die ganze Nacht hindurch habe vorsichtshalber ein Bruder Wache gestanden. Endlich seien die Kostbarkeiten des Hauses auf das Land in Sicherheit gebracht worden. Man müsse sich in Freiburg auf Gewalttätigkeiten gefaßt machen ².

Über die Ereignisse der eigentlichen Revolution berichtet der Brief vom 3. Dezember. Czech beschließt das Schreiben mit einer Aufzählung der am meisten gefährdeten Persönlichkeiten: des Schultheißen von Gottrau, des Bischofs Yenni, der Jesuiten und der Ligorianer. Sie alle seien den Revolutionären « ein Balken im Auge » ³. Zu Beginn des Jahres 1831 gedachte der Rektor von Freiburg, sein Kloster auf den Namen einer Vertrauensperson verschreiben zu lassen. Alle landesfremden Patres wollte er aus der Stadt entfernen. Er selber hätte im Ernstfalle auch bei Privatleuten Unterkunft genommen ⁴.

Etwas zuversichtlichere Nachrichten enthalten erst die abgesandten Briefe seit der Einsetzung der neuen Regierung (7. März 1831). Czech äußert sich über den Verlauf seiner den beiden Schultheißen abgestatteten Besuche: « Herr von Diesbach empfing mich sehr gnädig. Schade nur, daß dieser Ratsherr nicht mehr Einfluß besitzt. » Vom Präsidenten des Staatsrates heißt es, er sei ein großer Mann. Der Rektor

¹ GAR, Gen. X A 40. Czech an Sabelli, 31.8.1830.

² GAR, Gen. X A 41. Czech an Sabelli, 26.9.1830. — Auch später wurde den Jesuiten noch mit Brandstiftung gedroht. So heftete jemand am 1.4.1832 an die Tore des Kollegiums einen Zettel folgenden Inhaltes: « Jesuitae proficiscantur, vel intra quatuordecim in suo granario comburentur. » (KUBF, Hist. Coll. 2. 241.)

³ GAR, Gen. X A 42. Czech an Sabelli, 3.12.1830.

PHILIPPE DE GOTTRAU de la Riedera (1757-1836), Schultheiß 1819-1830. HBLS, 3. 615, Nr. 42.

⁴ GAR, Gen. X A 43. Czech an Sabelli, 7.1.1831.

befürchtete, bei ihm überhaupt nicht einmal zugelassen zu werden. Wie mußte er sich überrascht fühlen, aus seinem Munde nur freundliche Worte zu vernehmen: « Ihre Gesellschaft hat sich die Hochachtung und den Schutz der Regierung wohl verdient. Wenden Sie sich deshalb in allen Ihren Angelegenheiten nur vertrauensvoll an mich. » So sprach zum Vorsteher der Redemptoristen Jean de Montenach¹.

Bestimmt lag es damals nicht im Interesse der Regierung, die Ordensleute zu belästigen. Die Masse des Volkes blieb ja nach wie vor treu kirchlich gesinnt. Wer dem Freiburger Bauern an den Klerus rührte, der vergriff sich an der Religion selbst, und auf diesem Gebiete verstand gerade der einfache Mann keinen Spaß. Diese Feststellung machten die Redemptoristen schon bald². Allmählich beruhigten sich in Freiburg die Gemüter wieder. « Wir leben hier ganz ungestört », schrieb Czech 1833. « Freilich verbannen unsere Patres jede Anspielung auf die Politik, ebenso gut aus ihren Gesprächen, wie von der Kanzel und dem Beichtstuhl. »³ Mit den Missionen in Bern, Carouge, Genf, Neuenburg, sowie mit zahlreichen Jubiläen im Kanton Freiburg und einer Mission in der eigenen Klosterkirche war gerade das Jahr 1833 über das Gewöhnliche hinaus mit apostolischen Arbeiten und Erfolgen gesegnet gewesen⁴.

Ganz frei von jeglicher Befeindung blieben jedoch die Ligorianer nicht. Im September 1831 war der Laienbruder Josef Dannegger mitten in der Stadt von einem Grobian angehalten und geschlagen worden. Da sich der Betroffene nicht im geringsten über die erlittene Mißhandlung beklagt hatte, erfuhr der Rektor erst durch das Dazwischentreten der Polizei von der Sache. P. Czech bat dann schriftlich um die Begnadigung des Schuldigen und trug auf diese Weise zur raschen Erledigung des Zwischenfalles bei⁵.

Am eindeutigsten offenbarte sich die Haltung der liberalen Regierung

¹ GAR, Gen. X A 44. Czech an Sabelli, 13.3.1831.

JEAN JOSEPH GEORGES DE DIESBACH (1772-1838), Schultheiß 1828-1830, Präsident des Verfassungsrates (1831), Präsident des Großen Rates 1831-1838. Diesbach galt als einer der volkstümlichsten Staatsmänner jener Jahre, weil er am 2.12.1830 das Blutvergießen verhindert hatte. Er zählte auch zu den Gönnern der Jesuiten (KUBF, Hist. Coll. 2. 235). Für Personalien Montenachs siehe S. 19, Anm. 2.

² GAR, Gen. X A 46. Czech an Sabelli, 15.6.1831.

³ GAR, Gen. X A 51. Czech an Sabelli, 28.4.1833.

⁴ PAL, Chr. Fr., 97 f.; GAR, Gen. X A 51, 54. Czech an Sabelli, 25.4.1833; 19.1.1834. Vgl. Anhang III.

⁵ PAL, Chr. Fr., 89.

Br. JOSEF DANNEGGER (1795-1864), aus Jestetten, Prf. Valsainte 1822, gest. in Tournai.

gegenüber den Redemptoristen im Streithandel mit Herrn Generalkommissär Daguet, dem Nachbarn des Klosters in der Freiburger Unterstadt¹. Im Januar 1830 hatten die Patres noch von der alten Regierung die Erlaubnis erhalten, wie die übrigen Ordensgenossenschaften Freiburgs für ihre Verstorbenen einen eigenen Bestattungsort zu besitzen². Nach dem politischen Umschwung protestierte nun besagter Nachbar der Ligorianer in einem Schreiben an den Rat gegen den seit geraumer Zeit errichteten Privatfriedhof³. Die Petition trug die Unterschriften von insgesamt zehn Bewohnern des Stadtviertels. Die Polizeibehörde, welcher der Staatsrat die Klage zur Prüfung überwiesen hatte, fand jedoch, die Ligorianer seien bei ihrem guten Recht zu belassen⁴.

Der erlittene Mißerfolg brachte die Gegnerschaft keineswegs zur Ruhe⁵. Schließlich erreichte sie wenigstens soviel, daß die Patres von der Benützung des Friedhofes suspendiert wurden. Gerade damals lag aber im Kloster P. Josef Hofbauer schwer krank danieder. Im Todesfalle hätte nun die Beisetzung bei einer andern Ordensfamilie stattfinden müssen⁶. Nach Hofbauers Verscheiden hob jedoch der Staatsrat das Verbot auf, ohne damit im geringsten der endgültigen Regelung des Konfliktes vorgreifen zu wollen⁷. Daguet meldete sich wiederum zum Worte. Der Friedhof sei nicht an dem dazu bestimmten Ort errichtet worden. Derselbe stelle ferner eine Bedrohung des öffentlichen Gesundheitswohls dar und vermindere auch beträchtlich den Kaufwert der umliegenden Wohnhäuser⁸. Die Eingabe führte zu einer Besichtigung der

¹ JOSEPH VICTOR TOBIE DAGUET (1786-1860), Artillerieoberst, Staatsarchivar. — HBLs, 2. 664, Nr. 7. Daguet bewohnte damals das Haus Nr. 42 in der Neustadt. Er wurde erst 1839 unmittelbarer Nachbar der Redemptoristen, nachdem dieselben das Gebäude Nr. 43 erworben hatten. 1844 kauften die Patres auch das Haus Daguet, um den unaufhörlichen Streitigkeiten mit dessen Besitzer ein Ende zu setzen. (StAF, Chem. CEt., 12.11.1844; Reg. Not., 3518. 353.)

² StAF, Dél. CEt., 15.1.1830; Chem. CEt., 1.2.1831. Kopie der staatsrätlichen Konzession an die Redemptoristen.

³ StAF, Chem. CEt., 1.2.1832. Protestschreiben Daguets vom 27.8.1831. An Grobheit und Geschmacklosigkeit läßt dieses Schriftstück wirklich nichts zu wünschen übrig.

⁴ StAF, Dél. CP, 20.10.1831; Chem. CEt., 1.2.1832. Erwiderung Czechs auf die Klagen Daguets und mit 67 Unterschriften versehene Petition der Bewohner der Neustadt zugunsten der Redemptoristen.

⁵ StAF, Dél. CP, 14.11.1831; Chem. CEt., 1.2.1832. Petition von Maillardoz an den Staatsrat, 11.11.1831.

⁶ StAF, Dél. CP, 29.11.1831; PAL, Chr. Fr., 91.

⁷ StAF, Dél. CEt., 17.12.1831; Dél. CP, 22.12.1831.

⁸ StAF, Chem. CEt., 1.2.1832. (Schreiben Daguets an den Staatsrat vom 19.1.1832.) Die staatsrätliche Konzession bevollmächtigte die Redemptoristen,

Örtlichkeiten durch den Polizeirat. In der Anerkennung der beiden Klagepunkte wurde sich die Prüfungskommission einig. Über die Frage, ob die Redemptoristen bei Anlegung des Friedhofes gegen den Wortlaut der behördlichen Konzession verstoßen hätten oder nicht, blieb der Entscheid aus¹. Der Staatsrat suchte nun die Patres auf gütlichem Wege zum Nachgeben zu bringen. In einer persönlichen Unterredung mit den Herren Charles, Chevalley und Thalmann versprach der Rektor, unter der Kirche Maria-Hilf eine Gruft erbauen zu lassen und auch den Leichnam des P. Hofbauer dorthin zu übertragen². Der streitbare Nachbar erlangte so volle Genugtuung³. Obwohl er dem Generalinspektor gegenüber keinen leichten Stand gehabt hatte, war es jedoch dem Rat gelungen, seine Unabhängigkeit weitgehend zu wahren. Daguet wollte z. B. den mit den Redemptoristen eng befreundeten Ratsherrn Kern von der Behandlung des Streitfalles ausgeschlossen wissen. Dessen Kollegen gingen aber auf dieses Begehren nicht ein⁴.

Gut zwei Jahre waren seit dieser Auseinandersetzung verstrichen, da erlitt das Verhältnis zwischen Kloster und Regierung eine ernsthafte Trübung. Den Anlaß zum Konflikt bot das 1818 aufgestellte Prinzip einer Beschränkung der Professenzahl auf gesamthaft 16 Patres und Brüder. Eine staatsrätliche Verfügung hatte diese Klausel wenigstens vorübergehend außer Kraft gesetzt⁵. Noch 1832 duldete die Regierung protestlos die Anwesenheit der überzähligen Ordensmitglieder, als sie

einen Teil des hinter ihrem Hause befindlichen Gartens in einen Friedhof umzuwandeln (« établir un cimetière privé dans un petit emplacement du jardin de la maison derrière l'église »). Hinter dem in Frage stehenden Hause Nr. 44 befand sich jedoch nur ein Hof. Die Patres hatten nun dort ihre Gruft angelegt. Daguet hingegen wollte nur den hinter der Kirche Maria Hilf gelegenen Garten als Bestattungsort gelten lassen. — Die Klage über die Beeinträchtigung des öffentlichen Gesundheitswohls mußte damals die Behörden in besonderem Maße beeindrucken. In Frankreich und Deutschland wütete in jener Zeit der sog. « Cholera Morbus », Vgl. Le Véridique (1831), Nr. 68, 88, 89.

¹ StAF, Dél. CP, 25.1.1832; Polizeirapport vom 25.1.1832.

² StAF, Dél. CP, 9. und 13.2.1832. Für die Personalien dieser Herren siehe S. 40, Anm. 2 (Charles); S. 103, Anm. 4 (Thalmann); S. 104, Anm. 6 (Chevalley).

³ Vor allem der Umstand, daß Daguet seine Klage bereits vor das Gericht gebracht hatte (vgl. Polizeirapport vom 25.1.1832), bewog die Redemptoristen zum Nachgeben. Man versprach sich nämlich nicht viel von der Unparteilichkeit der Richter.

⁴ StAF, Chem. CEt., 1.2.1832. Schreiben Daguets vom 19.1.1832; Dél. CEt., 1.2.1832. Der Entscheid, ob Kern an den Verhandlungen teilnehmen dürfe oder nicht, überließen die Ratsherren ihrem angefochtenen Kollegen selbst, worauf dieser erklärte, seine Anwesenheit verantworten zu können.

NIKOLAUS KERN (1772-1836), saß im Staatsrat 1831-36.

⁵ Vgl. S. 29.

die Jahresabrechnungen zur Einsicht erhielt ¹. Da ganz unerwartet forderte sie wieder die strikte Beobachtung der Aufnahmebedingungen von 1818 ². Wohl legte P. Czech Einsprache dagegen ein. Man möge, bat er, einzig die Patres, nicht aber die Klerikerstudenten in die Zahl der zulässigen Professoren einbeziehen ³. Schließlich vermochte der Obere eine kurzfristige Vertagung der angeordneten Verminderung des Personalstandes zu erwirken ⁴. Die Zeit des ihm zugestandenen Aufschubes benützte nun der Freiburger Rektor zur Vorbereitung einer kleinen Kraftprobe mit der Regierung.

Vor allem eröffnete P. Czech seine bedrängte Lage dem Klerus der umliegenden Gemeinden. Wenn es nicht gelinge, die Ratsherren umzustimmen, erklärte er, sähen sich die Ligorianer genötigt, die meisten ihrer Aushilfsdienste in der Seelsorge einzustellen ⁵. Dieses Argument genügte, um die Pfarrherren in Bewegung zu bringen. Zwei der an Freiburg angrenzenden Dekanate gelangten mit Protestschreiben gegen die Forderungen der Regierung an den Bischof. Mgr. Yenni leitete sie an den Staatsrat weiter und legte auch persönlich Fürsprache zugunsten der Redemptoristen ein ⁶. Der Erfolg blieb nicht aus. Dieses Vorgehen traf die Ratsherren an ihrer verwundbarsten Stelle. Geschickt hatten die Bittsteller ihr Gesuch im Namen der gesamten Bevölkerung vorgetragen. Setzte sich nun die Regierung über das Begehren hinweg, so handelte sie undemokratisch und im Widerspruch zu ihrem eigenen Grundsatz der Volkssouveränität. Überdies hätten sie damit ihre Gegner in der Auffassung bestärkt, es wäre den liberalen Staatsmännern nichts an der Religion gelegen. So ließen die Ratsherren ihr Vorhaben fallen. Auf freundlichste setzte Herr Schultheiß Schaller den Bischof und den Rektor der Ligorianer davon in Kenntnis ⁷. Der Entscheid war so rasch

¹ StAF, Dél. CEt. (1832) S. 554.

² PAL, Chr. Fr., 101.

³ StAF, Dél. CEt., 25.7. und 16.8.1834.

⁴ StAF, Dél. CEt., 1.9.1834. Czech erlangte den Aufschub auf die Dauer eines Monats.

⁵ PAL, Chr. Fr., 103. P. Czech hatte sich zu Herrn Dekan Bertschy von Dündingen begeben. Ein anderer Pater benachrichtigte Herrn Pfarrer Dey von Ependes, der dann die weitem Schritte bei Herrn Dekan Moullet von La Roche unternahm.

⁶ StAF, Chem. CEt., 26.9.1834. Petitionen: des deutschen Dekanates (20.9.1834), des Dekanates des hl. Marius (21.9.1834), des Diözesanbischofs (24.9.1834).

⁷ StAF, Corr. CEt., Brief an Bischof Yenni, 26.9.1834. PAL, Brief des Schultheißen Schaller an Czech, 26.9.1834.

CHARLES DE SCHALLER (1772-1843), Staatsrat seit 1815, Schultheiß 1833/34 und 1837/38, Tagsatzungsgesandter zu verschiedenen Malen, eidgenössischer Schiedsrichter in Basel und Uri, Gegner der Jesuiten (1818), Vater des bekannten

zustande gekommen, daß die Petitionen der Gemeinderäte von Bösing, Rechthalten und Tifers zu spät eintrafen, um den Gang der Verhandlungen noch zu beeinflussen ¹.

Mit der größten Spannung hatten die Freiburger Jesuiten den Ausgang des Konfliktes abgewartet. Man empfand am Kollegium diesen Angriff auf die Ligorianer als den Auftakt zu einem weit gefährlicheren Ansturm gegen die Gesellschaft Jesu ². Gewiß war es einigen Ratsherren darum zu tun gewesen, der Entfaltung des Redemptoristenklosters Einhalt zu gebieten. Mit dem Versuch, die Religiösen in ihre ursprünglichen Schranken zurückzuweisen, verließen sie aber noch nicht den Boden der strikten Rechtlichkeit. Überdies glaubte damals die Regierung, die Ligorianer der Übertretung von Polizeivorschriften bezichtigen zu können.

Im Laufe des Jahres 1833 hatte ein junger Böhme, namens Gabriel Hampl, bei den Redemptoristen in Freiburg um Aufnahme gebeten. An Ausweisen besaß er einzig seine Studienzeugnisse. Da nun P. Czech das Studentlein ohne Vorweisung des Heimatscheines nicht aufnehmen durfte, gelangte er an den Polizeidirektor. Herr Staatsrat Charles erteilte darauf mündlich eine bis zum Eintreffen der Ausweispapiere gültige Niederlassungsbewilligung ³. Die Behörden von Luditz, Hampls Heimatort, hatten es jedoch mit der Zustellung der Schriften nicht sehr eilig. Sie wollten sich vorerst vergewissern, ob sich der Bittsteller überhaupt in der Schweiz aufhalte. Eine Anfrage gelangte im März 1834 an den Staatsrat von Freiburg. Sie wurde den Redemptoristen zum Verhängnis. Nie hatte man die Ankunft des fremden Zöglings den Behörden offiziell mitgeteilt. Es stieg bei den Ratsherren der Verdacht auf, die Ligorianer setzten sich leicht über die Vorschriften bezüglich der Aufnahme von

Freiburger Radikalen Julien Schaller, Bruder des vorletzten Fürstabtes von Rheinau, Neffe des Freiburger Generalvikars und Bistumsverwesers Joseph de Schaller (1730-1819).

¹ StAF, Dél. CEt., 29.9.1834; Chem. CEt., 29.9.1834. Petitionen der Gemeinden: Rechthalten (25. September), Bösing (26. September), Tifers (27. September).

² KUBF, Hist. Coll. 2. 283. « Experimentum factum in Patres ligorianos. » Über die Befeindung der Jesuiten in den Dreißigerjahren liegen verschiedene Broschüren vor (KUBF, Coll. Grem. Cart. 21, 22).

³ PAL, Chr. Fr., 100.

P. GABRIEL HAMPL (1814-1875), trat in Österreich in die Kongregation ein, wurde Provinzial von Deutschland (1862-1871). — Vgl. Kurze Lebensbilder verstorbener Redemptoristen der Ordensprovinz von Niederdeutschland. Dülmen i. W. 1896. S. 42 ff.

Ausländern hinweg¹. Der Polizeirat sollte daher den Fall Hampl abklären. Die Untersuchung ergab, daß die Patres in jüngster Vergangenheit drei junge Leute aufgenommen hatten, ohne die Regierung davon zu verständigen. Ferner stellte man fest, daß die Klostersgemeinde 29 Mitglieder statt ihrer 16 zählte². Der Staatsrat verweigerte nun Hampl die Niederlassungsbewilligung³. Um sich von dessen Abreise zu vergewissern, führte die Polizei eigens eine Haussuchung durch⁴.

Ungefähr drei Monate liegen die beiden Vorkommnisse, die Ausweisung Hampls und der Beschluß der Regierung, die Professenzahl der Redemptoristen zu beschränken, auseinander. Ihr kausaler Zusammenhang tritt somit nicht absolut offen zutage, doch ist er mehr als wahrscheinlich. In beiden Fällen stoßen wir auf dieselbe hauptverantwortliche Persönlichkeit. In der Angelegenheit Hampl wäre gerade Hubert Charles als einziger in der Lage gewesen, seine Amtskollegen über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Statt dessen goß er mit der Aufforderung, die Ligorianer zu bestrafen, noch Öl ins Feuer⁵. Den Kampf um die Verminderung der Professenzahl eröffnete der Freiburger Polizeidirektor, wie es scheint, aus eigener Initiative. Charles berief eines Tages den Obern der Ligorianer zu sich, warf ihm die Übertretung der Aufnahmebedingungen von 1818 vor und verlangte die Entfernung aller

¹ StAF, Dél. CEt., 20.3.1834. Das erwähnte Schreiben der Luditzer Behörden vom 3.3.1834 ist nicht erhalten.

² StAF, Chem. CEt., 4.4.1834. (Bericht des Polizeirates an den Staatsrat, 3.4.1834.) — Polizeidirektor Charles hatte vom Obern der Ligorianer ein genaues Verzeichnis der Klosterbewohner verlangt. Dessen Angaben verglich er alsdann mit der am 8.1.1834 pro 1833 ausgefertigten Jahresabrechnung. So ließ sich für die Monate Januar-April 1834 ein Zuwachs von zwei Studenten und drei Novizen feststellen. (Studenten : Drick und Opitz, Novizen : Hampl, Hauser, Roulin.) Als Freiburger bedurften Hauser und Roulin keiner eigentlichen Aufenthaltsbewilligung, wohl aber die drei Ausländer : Drick, Hampl, Opitz. Daß nun diese jungen Leute wirklich, wie Charles behauptet, ohne Wissen der Regierung aufgenommen wurden, ist zweifelhaft. Unverständlich bleibt in diesem Fall, warum einzig Hampl des Landes verwiesen wurde.

HUBERT CHARLES DE RIAZ (1793-1882) hatte viel zum Gelingen der Revolution von 1830 beigetragen. Er war ein offener Gegner des Sonderbundes, arbeitete aber auch gegen die radikale Regierung von 1847. Als Haupt der liberal-konservativen Partei (seit 1857) blieb er stets ein Gegner der Rückkehr der Redemptoristen nach Freiburg. Für das Porträt von Charles siehe CASTELLA, 544.

³ StAF, Dél. CEt., 4.4.1834.

⁴ PAL, Chr. Fr., 101.

⁵ StAF, Chem. CEt., 4.4.1834. (Bericht vom 3.4.1834.) Charles forderte den Staatsrat auf, die Patres mit der üblichen Polizeibuße zu belegen und dieselben überdies mit der Entziehung der staatlichen Anerkennung ihrer Genossenschaft zu bedrohen.

überzähligen Ordensmitglieder¹. Eine gewisse Verstimmung gegen die Redemptoristen mußte den Ratsherrn schon seit einiger Zeit beseelt haben, war er doch bereits 1833 in ihrem Kloster erschienen, um sich über einen angeblichen Mißbrauch der Kanzel zu politischen Umtrieben zu beklagen².

Sicher wäre es verfehlt, aus dem Gesagten auf einen gehässigen Charakter der Freiburger Klosterpolitik schließen zu wollen. Liberal war damals die Mehrheit der Ratsherren gesinnt, jedoch, abgesehen von einigen seltenen Ausnahmen, nicht antiklerikal. Die Eiferer des Radikalismus beklagten sich darüber bitter genug³. Die Einstellung der Regierungsmänner von damals kennzeichnet wohl trefflich ein Entscheid bezüglich der Broschüre Kuenlins über die Freiburger Klöster. 1835 war diese unsachliche Schrift im Druck erschienen⁴. Der Schultheiß von Diesbach legte sie dem Rate vor, damit der Autor dafür die verdiente Zurechtweisung erhalte. Wohl beschloß die Regierung, den Vertrieb des Büchleins zu untersagen, dessen Verfasser jedoch ließ sie völlig unbehelligt⁵.

Beinahe unmerklich entglitt der liberalen Partei Freiburgs im Laufe der Dreißigerjahre der politische Einfluß. Schon vor den Großratswahlen von 1840 hatten die Konservativen in beiden Räten wieder die Mehrheit erobert⁶. Die Redemptoristen benützten diesen Umschwung dazu, um an die Ausführung eines Bauplanes zu schreiten. Im Jahre ihrer Vertreibung aus der Schweiz bewohnten die Patres ein geräumiges Haus, welches sich als Hospiz der Providence in den Häuserreihen der Neustadt heute noch gut ausnimmt. Seit Anbeginn hatten sich die vom Bistum übernommenen Seminargebäude als reparaturbedürftig erwiesen.

¹ PAL, Chr. Fr., 101.

² PAL, Chr. Fr., 97. (Eintr. vom 17. 5. 1833.) Dieses Verstoßes soll sich P. Hessel anlässlich der Jubiläumspredigten in Semsales schuldig gemacht haben. Da der Missionär durch den Gemeinderat von Semsales gedeckt wurde, gelang es damals, den Polizeidirektor zu beschwichtigen.

³ Vgl. Erzähler (1836), Nr. 8 ; (1837), Nr. 3. Berichte aus Freiburg : « Am Ende des Jahres 1830 vertrieben die Stockliberalen die Oligarchen, weil es ihnen bloß um gute Stellen zu tun war. Dagegen ließen sie die Ligorianer und Jesuiten, superklug, unangetastet, um das Familienregiment durch ein Priesterregiment zu ersetzen ... Es tut wahrlich Not, die Revolution von 1830 bald zu beendigen, denn seit fünf Jahren ist man im Schlamme des elenden Mittelweges geblieben und statt vorwärts zu schreiten und die Feinde der Volksfreiheit zu bekämpfen und zu übergehen, will man sie auf alle mögliche Weise schonen ... ».

⁴ FRANZ KUENLIN (1781-1840), Sekretär des Staatsrates 1814-1825, Herausgeber zahlreicher Werke über Geschichte, Geographie, Statistik usw. HBLS, 4. 555, Nr. 6.

⁵ StAF, Dél. CEt., 9.3. und 3.4.1835.

⁶ Erzähler (1839), Nr. 23. Bereits im Sommer 1838 pries diese Zeitung Freiburg als einen zum bloßen Werkzeug des giftigen Jesuitismus herabgesunkenen Kanton (Nr. 50).

Teilweise standen sie sogar dem Einsturz nahe. Man gedachte also das morsche Gemäuer abzureißen und das ganze Haus etwas zu vergrößern. Auch beabsichtigten die Ligorianer, am Bau eine störende Unregelmäßigkeit zu beheben. Nur hätte ihnen die Stadt zu diesem Zwecke einen Bodenstreifen von zwei Fuß Breite abtreten müssen. Das Gesuch an den Gemeinderat fand jedoch keine Berücksichtigung. So entwarfen die Redemptoristen einen neuen Plan. Gerade damals war in der Neustadt, ihrem Kloster gegenüber, ein Haus käuflich, welches an das bereits der Kongregation gehörende Gebäude neben der Kirche Maria-Hilf angrenzte. Am Standort der beiden Wohnhäuser versprach man sich, ein vollkommen neues Kloster aufzuführen. Der direkte Anbau an die Kirche sollte den Religiosen für die gottesdienstlichen Verrichtungen auch das lästige Überqueren der Straße ersparen¹.

Der Staatsrat ermächtigte die Ordensfamilie zum Ankauf des in Frage stehenden Gebäudes und genehmigte auch die vorerwähnten Baupläne². Am 5. August 1839 segnete der Diözesanbischof den Grundstein des zukünftigen Klosters, und zwei Jahre später bezogen die Patres ihr neues Haus³. Das freigewordene alte Seminar erlebte im Juli 1842 die Eröffnung eines Erziehungsinstitutes für arme Mädchen. Es war dies der Anfang der sog. Stiftung La Poype⁴.

¹ StAF, Chem. CET., 23.1.1839. Petition der Redemptoristen, 14.1.1839.

² PAL, Dok. vom 23.1.1839. StAF, Reg. Not. 3513. 13, 39. (Kaufvertrag.)

³ PAL, Chr. Fr., 126, 143.

⁴ LA POYPE, Marie Claudine Françoise Louise Adélaïde, Comtesse de L. P. (1777-1859), geb. in Lyon, gest. in St. Didier (Ain, France). Die ersten Beziehungen der Gräfin zu Freiburg gehen in die Zeit der französischen Revolution zurück. 1789 kam sie mit ihrer Mutter, drei Schwestern und einem Bruder nach Freiburg. (StAF, Livre auxil. Nr. 49, S. 11.) Später siedelte die Familie nach La Tour-de-Trême über, wo die Mutter unserer Gräfin begraben liegt. (TOBIE DE RAEMY, L'Emigration française dans le Canton de Fribourg, 1789-98. S. 403.) Nach dem Sturze Karls X. von Frankreich ließ sich die Gräfin 1831 erneut in Freiburg nieder. (StAF, Reg. Tol. 1814-1833, S. 228.) Sie war damals von ihrem Beichtvater, dem Lyoner Chorherren und Generalvikar Claude Frangin begleitet, der 1838 in Freiburg starb und in der Klostergruft der Ligorianer begraben liegt. (StAF, Reg. Dec. St-Nicolas Fribourg, 5.7.1838.) Nach Frangins Ableben wurde P. Czech Seelenführer der Gräfin. So erklärt es sich, daß die Stiftung La Poype im ehemaligen Redemptoristenkloster ihren Anfang nahm. Die Gründerin sicherte dem Erziehungsinstitut ein Stiftungskapital von 20 250 Fr. und dazu noch jährliche Einkommen im Betrage von 4000 Fr. zu. (StAF, Reg. Not. 3515. 132.) — Vgl. LÉON GENOUD, Manuel des œuvres du Canton de Fribourg. Fribourg 1923. S. 338 f. Einiger Berichtigungen bedurfte die Schrift von CHARLES DE RAEMY, Etablissements charitables de la Ville et du Canton de Fribourg en Suisse. Fribourg 1900. S. 41-43. Dem Bischof von Lausanne übergab die Gräfin gegen bescheidene Stiftungsbedingungen die Kleine Riedera. (StAF, Reg. Not., 3512. 224, 230.)

Der Klosterbau der Redemptoristen hatte wohl vor allem einer äußern Notwendigkeit entsprochen. Doch erblicken wir darin auch den Ausdruck der jugendlichen Lebenskraft ihrer Genossenschaft. In jeder Hinsicht gewann die durchschnittlich 30 Religiösen zählende Gemeinde an Bedeutung und Einfluß, als Missions- und Studienhaus und auch als Sitz eines Provinzialobern. Das Verhältnis zur Regierung blieb fortan sehr gut. P. Czech erlangte 1846 vom Staatsrat ein ehrenvolles Zeugnis, worin dieser seine volle Zufriedenheit über die Tätigkeit und den Lebenswandel der Redemptoristen aussprach¹. Die 1818 der Kongregation gesetzten Schranken bestanden praktisch nur noch auf dem Papier. Vielversprechend kündigte sich die Zukunft des Freiburger Klosters an. Da brach mit Urgewalt das Verderben über die Gründung herein.

¹ PAL, Zeugnis vom 15.6.1846. Kopie in Chr. GH, unter bezeichnetem Datum.